

## Abschaffung der Sonderschule – Chancen und Risiken

Die 18. Folge der ZOOM Lectures Reihe widmet sich am 6. April 2017 dem Thema Sonderschule und Inklusion. Am Podium sitzen **Christiana Pock-Rosei**, Lehrerin an der Integrativen Lernwerkstatt Brigittenau, **Mag. Clemens Rauhs**, Elternvereinsobmann an der Hans Radl Sonderschule und Universitätsprofessor **Dr. Germain Weber**, Präsident der Lebenshilfe.

Moderatorin **Lisa Nimmervoll** liefert zunächst einige Zahlen. 2015/16 gab es in Österreich 290 Sonderschulen mit 13 813 Schüler/innen. 30 701 Kinder hatten Sonderpädagogischen Förderbedarf. Es gibt große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern, ob ein Kind in die Sonderschule geht oder integrativ beschult wird. Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache werden überproportional häufig Sonderschulen zugeteilt. Bildungsministerin Hammerschmid möchte die Sonderschulen bis 2020 abschaffen, Familienministerin Karmasin den Eltern die Wahlfreiheit erhalten. Die Gewerkschaft warnt vor einer Überforderung des Lehrpersonals.

**Weber** schildert die historischen Fakten. In den 60er Jahren sprach man von Normalisation, kam in den 80er Jahren zur Integration von Sonderschüler/innen in die Regelschule und ist jetzt bei der Inklusion angekommen. Dies bedeute einen Erfahrungsaustausch zwischen jenen, die sich typisch entwickeln und jenen bei denen das nicht der Fall ist. Es gehe nicht primär um die Abschaffung der Sonderschule, sondern um eine Annäherung. Inklusion sei eine Herzensangelegenheit, die man aber mit Verstand angehen müsse. Er nennt Südtirol als Beispiel, wo es seit Jahren keine Sonderschulen mehr gibt und die Kinder der deutschsprachigen Schulen wesentlich bessere Ergebnisse bei PISA erzielen als die Kinder in Nordtirol. Er führt das auf die stark individualisierten Lehrpläne und die große Unterstützung für das Lehrpersonal zurück. Man brauche aber nicht mehr Lehrpersonal, sondern ein kompetenteres.

**Pock-Rosei** ist mit den Bedingungen das Lehrpersonal betreffend in der Lernwerkstatt sehr zufrieden, für eine echte Inklusion fehlten aber noch geeignete Rahmenbedingungen, z.B. Rückzugsräume. In der Schule gibt es keine Klassen im herkömmlichen Sinn sondern drei Altersgruppen. Die Eingangsgruppe (1. - 3. Schulstufe), die Übergangsguppe (4. - 6. Schulstufe) und die Ausgangsgruppe (7. - 8. Schulstufe). Unterrichtet wird nach drei verschiedenen Lehrplänen. Die Arbeit mit den unterschiedlich veranlagten Kindern sieht sie als große Bereicherung. Sie ist aber froh über die Unterstützung durch die Sonderpädagog/innen.

**Rauhs** bestätigt das Fehlen von Ressourcen um eine optimale Inklusion zu ermöglichen. Sein ältester Sohn ist in einer Klasse mit nur fünf Kindern, das sei optimal für ihn und er entwickle sich besser als man es erwarten konnte. **Rauhs** versteht die Ängste anderer Eltern vor der Abschaffung der Sonderschule. Viele Familien seien froh, dass sie in einem gut funktionierenden Rettungsboot sitzen und verstehen nicht, dass ihr Kind in ein unsicheres Boot wechseln soll. Individualisierung sei das Wichtigste, leider finde sich davon nichts im Autonomiepaket. Außerdem gebe der Staat das Geld falsch aus, z.B. für die Bankenrettung statt für die Bildung.

Im normalen Regelschulwesen sei eine Berücksichtigung der Individualität schwierig, meint **Pock-Rosei**. Auch Hochbegabte brauchen Unterstützung. Sie hat sich deshalb viel mit Montessori- und Freinetpädagogik beschäftigt.

**Weber** kritisiert, dass Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache oft in Sonderschulen geschickt werden, dasselbe passiere aber auch in seiner Heimat Luxemburg mit den portugiesischen Kindern. Auch er ist der Meinung, dass Österreich Unmengen von Geld falsch ausbebe. Der Staat investiere in Werkstätten der Lebenshilfe anstatt in die Ausbildung der Kinder mit Beeinträchtigungen damit diese später selbständig arbeiten können. Und wenn die Eltern sterben, greife der Staat auf die Erbschaft der beeinträchtigten Kinder zurück.

**Rauhs** erläutert sein Projekt Apfelbaum. Im 17. Bezirk wurde ein Grundstück erworben wo ein inklusives Wohnprojekt mit leistbaren Wohnungen für altersgemischte Gruppen entstehen soll.

Als Wünsche an die Politik formuliert **Pock-Rosei** die Abschaffung der Noten, Inklusion ohne Einsparungen und mehr Wertschätzung für die Sonderpädago/ginnen. **Weber** fordert individualisierte Lehrpläne. Der Staat dürfe keine sozialen Verlierer produzieren und manchen Menschen von vornherein gewisse Kompetenzen absprechen. Die Lebenshilfe wolle keine Abschaffung der Sonderschulen sondern eine Transformation. **Rauhs** betont ebenfalls die Individualität in den Lehrplänen. Es müsse ein Recht auf Bildung für alle geben, daher auch ein Recht auf ein 11. und 12. Schuljahr für Menschen mit Beeinträchtigungen.

In der folgenden **Diskussion** wird deutlich, dass die Eltern betroffener Kinder sehr unterschiedlich zu den Sonderschulen stehen. Jene Eltern, die mit ihren Kinder gute Erfahrungen in Sonderschulen gemacht haben, schildern dies sehr emotional. Ein **Vater** war mit der Clara Fey Schule die seine Tochter mit Downsyndrom besucht hat, sehr zufrieden. Er findet es extrem undemokratisch, dass dieser Schultyp abgeschafft werden soll. Die **Mutter** eines autistischen Sohns bezeichnet die Sonderschule als großes Geschenk und Glück. Sechs Kinder hatten drei Lehrer, mehr Individualität sei gar nicht möglich. Jeder brauche auch einen Ort, wo er nicht das Gefühl hat anders zu sein. Eine andere **Mutter** berichtet von der Gründung einer privaten Lernwerkstatt. Ihr Sohn mit Downsyndrom könne heute mit 33 Jahren ein normales Leben führen. Der **Vater** eines Sohnes mit Downsyndrom wünscht sich eine Regelschule für alle. Er spürt eine tägliche Diskriminierung. Ein anderer **Vater** spricht sich für ein zusätzliches Kindergartenjahr aus, das derzeit nicht möglich sei, und für ein Recht auf Teilnahme an der Nachmittagsbetreuung. Ein **Vater** lobt die Situation in der Klasse seines Sohnes (acht Schüler, zwei Lehrer) und spricht sich für Sonderschule so weit es nötig und für Inklusion so weit es möglich ist, aus. Eine **Lehrerin** berichtet von einem erfolgreichen integrativem Unterricht für gehörlose Kinder.

Eine **Vertreterin des AMS** meint, Sonderschulabsolvent/innen hätten keine Chance auf einen Arbeitsplatz, die Zahl der Schulabbrecher sei höher, wenn es in einem Bezirk eine Sonderschule gebe. **LSI Rupert Corazza** vom Stadtschulrat spricht sich für eine Förderung der Kinder nach ihren individuellen Fähigkeiten aus. Sonderpädagog/innen würden auf individuelle Fortschritte eingehen, in Jahrgangsklassen passiere das nicht.

Auf die Frage von **Heidi Schrodt** von der Initiative Bildung grenzenlos, ob sich eine Umstellung bis 2020 überhaupt ausgehe und ob das nicht unverantwortlich schnell sei, antwortet **Weber**, dass das ein Ziel sei, das aber so schnell nicht umsetzbar sein werde. **Rauhs** meint, dass man die einzelnen Behinderungen nicht miteinander vergleichen könne, aber das derzeitige Bildungssystem gehe zu wenig auf individuelle Bedürfnisse ein. **Pock-Rosei** glaubt, dass Kleingruppen auch in der Regelschule möglich sein müssten.

Ein ehemaliger **Sonderschüler** aus Deutschland berichtet, dass er erfolgreich das Zentralabitur gemacht habe. Es gebe Schüler/innen die einen sozialen Schutzraum brauchen. Er bedauert, dass die Ausbildung zum Sonderschullehrer abgeschafft wurde. Ein weiterer **Teilnehmer** schließt sich dieser Kritik an. Ein „bisschen etwas“ in einem Modul zu erfahren, sei zu wenig. Ein **Vertreter der Lebenshilfe** sieht unser Schulsystem im 19. Jahrhundert steckengeblieben. Damals brauchte man Untertanen, heute brauche man flexible Menschen. 2020 sei nur eine Symbolzahl. Der **Direktor** des Zentrums für Inklusiv- und Sonderpädagogik in der Leopoldsgasse wünscht sich eine Enthierarchisierung der Sonderpädagogik. Es könnten aber auch manche Eltern nicht mit den besonderen Bedürfnissen ihres Kindes umgehen.

Die letzte Frage „Wie wird es weitergehen?“ bleibt unbeantwortet.